

## Kritik an Bebauung

*Von Cem Akalin*

**BONN-LENGSDORF.** Wohnraum für bis zu 780 Menschen soll in einem neuen Baugebiet zwischen Provinzialstraße (L 261), Flodelingsweg, Hainstraße und der Autobahnanschlussstelle Lengsdorf entstehen. Aber im Ort regt sich der Widerstand.

Wohnraum für bis zu 780 Menschen soll in einem neuen Baugebiet zwischen Provinzialstraße (L 261), Flodelingsweg, Hainstraße und der Autobahnanschlussstelle Lengsdorf entstehen. "An den Lappenstrünken" heißt das etwa viereinhalb Hektar große Areal, auf dem auf 25 600 Quadratmetern Nettowohnfläche rund 340 Wohnungen gebaut werden sollen. Die aktuelle Planung weicht allerdings vom bisherigen Ziel, in der neuen Siedlung eine Mischung aus Einfamilien- und Geschosshäusern zu bauen, ab. Der Planungsausschuss gab der Verwaltung zwar grünes Licht, einen entsprechenden Bebauungsplanentwurf auszuarbeiten und dann offenzulegen, doch im Ort regt sich Widerstand.

Im Planungsausschuss stimmten übrigens fast alle politische Vertreter für diese Linie, nur der Vertreter des Bürger Bundes lehnte ihn ab. Auf Antrag der SPD soll ein Passus eingebaut werden, der vorsieht, dass 30 Prozent der Wohnungen öffentlich gefördert werden sollen.

"Statt der bisherigen Mischung von Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau ist jetzt ausschließlich Geschosswohnungsbau vorgesehen. Bisher waren 235 Wohneinheiten für 720 bis 960 Einwohner geplant, jetzt sind es 340 Wohneinheiten für 610 bis 780 Einwohner. Die Verdichtung nimmt also weiterhin zu", beklagen sich Ruth Diekmann und Ulrike Rockstroh von der Bürgerinitiative Lappenstrünken.

*"Massive Bebauung führt erfahrungsgemäß häufig zu sozialen Problemen."*

Politik und Verwaltung hatten mit der in Bonn herrschenden Wohnungsnot argumentiert. Doch die massive Bebauung werde nicht nur das Klima beeinflussen, so die Bürger. "Massive Bebauung führt erfahrungsgemäß häufig zu sozialen Problemen." Vor allem aber kritisieren Diekmann und Rockstroh, dass die Politiker eine weitere Bürgerinformation abgelehnt hätten: "Die Bürger sollten doch denselben Informationsstand wie Verwaltung und Politik haben."

Der Ausschuss hatte sich indes der Argumentation der Verwaltung angeschlossen. Diese hatte dargelegt, sie sei bei der Überarbeitung der Pläne auf die Hauptkritikpunkte der Bürger eingegangen. So soll die Lindenallee an der Hainstraße nun überhaupt nicht von der Siedlung beeinträchtigt werden. Eine Zufahrt ins neue Baugebiet soll nicht über die Hainstraße erfolgen.

Die Bürger hatten befürchtet, dass die Bäume dort eingehen könnten. Nun soll die Erschließung ausschließlich über die Provinzialstraße erfolgen. Durchgefallen ist in der Prüfung ein Kreislauf auf der Kreuzung der Provinzialstraße, des Schieffelingwegs und der zukünftigen Zufahrt ins Baugebiet.

Um die Verkehre aufnehmen zu können, müsste dieser Kreisverkehr zweispurig ausgebaut werden. Er müsste wenigstens einen Durchmesser von rund 60 Metern haben, was einen "extremen Eingriff in die angrenzenden privaten Flächen" bedeuten würde, hieß es. Deshalb soll dort eine Ampelkreuzung entstehen.

Aber die Kritiker fühlen sich dennoch nicht richtig gehört. Sie hatten sogar die vorherige Bebauung mit Ein- und Mehrfamilienhäusern als "zu massiv" beanstandet und hatten eine Begrenzung auf zwei Geschosse gefordert. Jetzt sind im nördlichen Bereich vier dreigeschossige Stadtvillen mit Staffelgeschossen geplant. Im südlichen Teil sind zwar auch Freibereiche eingezeichnet, an sie grenzen drei- bis viergeschossige Baukörper.

"Man kann bedauern, dass sich dieses Bauvorhaben schon seit 15 Jahren verzögert, man kann aber auch die vielfältigen Gründe, die gegen eine massive Bebauung dieses Gebiets sprechen, ernst nehmen und nach adäquaten Lösungen suchen", meinen Ruth Diekmann und Ulrike Rockstroh. "Völlig offen" seien ihrer Ansicht nach die mit dem neuen Baugebiet verbundenen Umweltauswirkungen. "Im Rahmen der weiteren Bearbeitung muss daher noch ein Umweltbericht mit detaillierter Darstellung der mit der Planung verbundenen Umweltauswirkungen auf den Menschen und die Gesundheit, auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, den Boden, das Wasser und das Klima erstellt werden", fordern sie.